

Liebe Genossinnen und Genossen,

im vergangenen Plenum fand die erste Lesung über den **Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2020** statt. Im Rahmen der Generaldebatte machte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Marius Weiß unmissverständlich klar, dass dieser Haushaltsentwurf nur eines ist: Enttäuschend. Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) versucht etwas großspurig zu verkaufen, was aber nur einen ganz mageren Inhalt hat.

Wenn man diesen Haushaltsentwurf einmal mit den Entwürfen in anderen Bundesländern vergleicht, stellt man fest, dass die schwarzgrüne Landesregierung im Engagement in den Bereichen Klimaschutz, Innere Sicherheit, Bildung und Digitales eher unterdurchschnittlich abschneidet. Bei der Rückzahlung von Schulden leistet Hessen mit 100 Millionen Euro nicht das, was auf Grund der Steuereinnahmen und nach der Neujustierung der Bund-/Länderfinanzbeziehungen möglich ist.

Die Investitionsausgaben sollen in absoluten Zahlen zwar steigen, aber die Investitionsquote bleibt gleich. Laut Finanzplan soll die Investitionsquote im Jahr 2021 sogar sinken, auf nur noch 8,1 Prozent. Die Investitionsausgaben für den sozialen Wohnungsbau sinken von 2019 auf 2020 um über 50 Millionen Euro von 97,5 auf 46,8 Millionen Euro. Angesichts der mehr als angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt für untere und mittlere Einkommen, macht dies die SPD-Landtagsfraktion fassungslos.

Finanzminister Schäfer kann über 1,1 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen als noch im Jahr 2019 verfügen und trotzdem greift er in die Rücklagen und entnimmt dort 541 Millionen Euro.

Für die SPD-Landtagsfraktion steht fest: Wir wollen einen Haushalt, der unnütze Ausgaben unterlässt und stattdessen dort mehr ausgibt bzw. investiert, wo es wichtig und notwendig ist. Wir würden beispielsweise auf den enormen Stellenzuwachs im Bereich der politischen Führung der Ministerien verzichten. Auch auf unnütze Projekte wie die Specialised Expo könnte Hessen gut verzichten. Aber vor allem würden die SPD-Landtagsfraktion auf weitere PPP-Projekte verzichten, wovon sich schon wieder ein neues im Haushalt versteckt, nämlich

in Darmstadt für die Autobahnpolizei Südhessen. Die von Schwarzgrün angekündigte Evaluation von PPP-Projekten ist offenbar nichts wert. Nötig sind stattdessen wirksame Investitionen in Klimaschutz, in die Verkehrswende, in Bildung und Wohnungsbau.

In den kommenden Wochen finden die kursorischen Lesungen statt, danach geht es im Haushaltsausschuss weiter, bevor der Haushalt vermutlich im Dezemberplenium beschlossen wird.

Die gesamte Debatte kann im landtageeigenen [Youtube-Kanal](#) angesehen werden.

Unter dem Titel **„Hass, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Angriffe auf die Menschenwürde haben keinen Platz in Deutschland“** haben SPD, CDU, Freie Demokraten und Grüne einen gemeinsamen Antrag in den Landtag eingebracht.

Der Anschlag am 9. Oktober in Halle, der eigentlich den Menschen in der Synagoge gegolten hatte und nur durch einen plumpen Zufall nicht mehr Todesopfer gefordert hatte, war ein Anschlag auf uns alle. Mit diesen Worten begann die Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, ihre Rede. Antisemitismus geht uns alle an, er vergiftet unser Zusammenleben und tritt unsere demokratischen Werte mit Füßen. Antisemitismus bedroht natürlich zuerst Jüdinnen und Juden. Doch natürlich geht er uns alle an. Die Gesellschaft darf da nicht wegschauen.

Die schreckliche Tat von Halle hat zwei Dinge sehr deutlich gemacht: Jede und jeder kann Opfer rechten Terrors werden. Und dass es in Deutschland ein strukturelles Problem mit Rechtsextremismus gibt.

„Es ist daher falsch, bei dem Anschlag von Halle von einer Einzeltat zu sprechen. Diese Tat hat ein ganz konkretes Umfeld. Der Täter suchte nach Beifall der rechtsextremen Szene im Netz. Die Tat von Halle steht nicht allein da, sondern sie steht in einer Reihe mit anderen widerwärtigen, rechtsextremen Gewalttaten in Deutschland, von Rostock-Lichtenhagen über Mölln, Solingen und Hoyerswerda bis hin zu dem NSU-Terror und dem Mord an Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke“, führt Nancy Faeser in ihrer Rede aus.

Den Nährboden, auf dem Hass und Gewalt entstehen, ist von geschichtsrevisionistischen, menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Vertretern des rechten Randes bereitet worden. Mit der AfD ist die Hetze gegen Minderheiten in den Parlamenten der Bundesrepublik angekommen, eine Verrohung der Sprache und die Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas, die unmittelbar zu dem Täter und den Taten von Halle führen.

Um Antisemitismus, Fremdenhass und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorzubeugen, müssen Staat und Gesellschaft in Bildung und Aufklärung investieren. Diejenigen, die aus rechten Milieus aussteigen wollen, müssen besser unterstützt werden. Und dort, wo Bildung, Aufklärung und die Bereitschaft der Gesellschaft zur zweiten Chance nicht mehr helfen, da müssen die vorhandenen Instrumente unserer Verfassung und des Rechtsstaates vollumfänglich ausgeschöpft werden.

Diese Debatte kann nachverfolgt werden auf der [Internetseite der Hessenschau](#)

Auf Antrag der AfD-Fraktion fand eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Meinungsfreiheit in Gefahr**“ statt. Die AfD nutzte ihre Redebeiträge vor allem dazu, um sich darüber auszulassen, dass man in Deutschland mittlerweile nicht mehr frei und offen seine Meinung sagen dürfe, sondern sehr schnell, vor allem, wenn man sich beispielsweise negativ über die Einwanderungspolitik der Bundesregierung äußere, in die „rechte Ecke“ gestellt würde.

Gernot machte in seinem Redebeitrag für die SPD-Landtagsfraktion deutlich, dass Meinungsfreiheit ihrem Grundsatz nach bedeutet, dass alle Meinungen frei und erlaubt sind. Es gibt lediglich vier Einschränkungen:

1. Wenn die Würde des Menschen angetastet wird
2. Wenn der Kernbestand der Verfassung angegriffen wird
3. Der Holocaust geleugnet wird
4. Oder der Tatbestand der Volksverhetzung vorliegt

Was damit allerdings nicht abgedeckt ist, dass man das Recht darauf hat, seine Meinung zu äußern und vor Reaktionen gefeit ist.

„Sie haben alle Freiheit, zu sagen was sie wollen und alle anderen haben die Freiheit ihnen zu widersprechen. Und es muss ihnen auch widersprochen werden“, wandte sich Gernot abschließend an die AfD.

Auch diese Debatte ist wieder nachzuvollziehen auf der [Internetseite der Hessenschau](#)

Turgut konnte im Rahmen einer **aktuellen Stunde zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen** in seiner Rede deutlich machen, dass die hessische Landesregierung leider keine klare abgestimmte Linie in der Integrationspolitik besitzt.

Es ist ermutigend, dass die ersten Integrationserfolge der Flüchtlinge auch statistisch belegt werden können, die nach 2015 in den hessischen Arbeitsmarkt integriert wurden. Programme wie ‚Wirtschaft integriert‘ sind gute Kooperationsprojekte der Landesregierung mit dem Handwerk und den Arbeitsagenturen zur Ergänzung der regulären Ausbildungen. Leider thematisiert die Landesregierung wieder nur eine Dimension von Integration und reduziert sich auf Flüchtlingspolitik. Die mit Integrationspolitik betrauten Minister lassen auch nach einem halben Jahrzehnt gemeinsamer Regierungsarbeit in Hessen keine gemeinsame Linie in der Integrationspolitik erkennen. Wir warten immer noch auf Vorschläge für ein Integrationsgesetz oder eine Verstetigung der zahlreichen projektbezogenen Maßnahmen. Diese sind längst überfällig.

Diese Aktuelle Stunde bekommt ihr hier bei der [Hessenschau](#).

Mit solidarischen Grüßen



Gernot Grumbach

Landtagsabgeordneter



Turgut Yüksel

Landtagsabgeordneter